

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Amerika
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Michael Kolkmann

Die letzte Chance, einen ersten Eindruck zu machen?

Die amerikanischen **National Conventions** und
ihre Rolle im politischen Prozeß

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Inhalt

1. Die Conventions	3
Historische Entwicklung der Conventions	3
Bedeutungswandel der Conventions	3
Die Delegierten der Conventions	4
2. Das Wahlprogramm der Demokratischen Partei	5
Die außenpolitischen Vorstellungen	5
Fragestellungen der Innen- und Wirtschaftspolitik	6
3. Das Wahlprogramm der Republikaner	6
4. Die Rolle des Vizepräsidenten-Kandidaten	6
5. Der Ablauf der Conventions	7
6. Chancen und Gefahren eines Convention	7
7. Der Kampf um die Unentschlossenen	8
8. Finanzielle Ressourcen	8
9. Ausblick: Bedeutungslose Veranstaltung oder Ideengeber für den Wahlkampf?	9

Der Parteitag der Demokratischen Partei vom 26. bis 29. Juli 2004 in Boston ist der Auftakt einer neuen Wahlkampfphase. 4322 Delegierte aus den 50 Bundesstaaten und rund 15000 Medienvertreter nehmen an diesem Ereignis teil. Einen Monat später, vom 30. August bis zum 2. September 2004, kommen die Republikaner in New York zu ihrem Wahlparteitag zusammen. Mit diesen **National Conventions** bereiten sich die beiden großen Parteien auf die finale Phase des Wahlkampfs vor, die traditionellerweise mit dem **Labor Day**, in diesem Jahr am 6. September, beginnt.

1. Die Conventions

Historische Entwicklung der *Conventions*

Der erste **Convention** wurde von einer sogenannten **Third Party** abgehalten, als sich die **Anti-Mason Party** im Jahre 1831 in Baltimore traf. Kurze Zeit darauf übernahmen auch die beiden anderen Parteien, die heute unter den Namen Demokraten und Republikaner bekannt sind, die Praxis der Wahlparteitage. Zwei Ziele verfolgten die **Conventions**: zum einen sollte der jeweilige Präsidentschaftskandidat ausgewählt und nominiert werden, zum anderen sollte mit der **Party Platform** ein Wahlprogramm diskutiert und verabschiedet werden. Im Jahr 1852 wurde erstmals ein Wahlprogramm verabschiedet, als die Demokratische Partei in jenem Jahr eine sogenannte **Platform of Resolutions** verabschiedete. Das erste Wahlprogramm der Republikaner datiert aus dem Jahre 1856, als man sich auf dem Parteitag intensiv mit der Frage der Sklaverei auseinandersetzte.

Bedeutungswandel der *Conventions*

Amerikanische **Conventions** sind mit Parteitag der deutschen Provenienz nicht vergleichbar. Das hängt damit zusammen, daß auch amerikanische Parteien nur eingeschränkt mit ihren deutschen (oder europäischen) Gegenparts vergleichbar sind. Im Mittelpunkt steht bei amerikanischen Parteien die Konzentration und Bündelung von Ressourcen auf Wahlen hin. Eine kontinuierliche Programmarbeit etwa findet nicht statt, eine formelle Parteimitgliedschaft gibt es nicht. Auch im Parlament haben Parteien eine weniger starke Position als etwa die Parteien im Deutschen Bundestag. Eine Fraktionsdisziplin existiert nicht. Der amerikanische Präsident muß sich bei jeder von ihm befürworteten Gesetzesvorlage aufs Neue um eine Mehrheit bemühen – auf beiden Seiten des Parlaments. Sanktionsmöglichkeiten für „abtrünnige“ Abgeordnete gibt es ebenfalls nicht, da es im Wahlsystem der Vereinigten Staaten keine Parteilisten gibt. Jeder Abgeordnete hat seinen Wahlkreis direkt gewonnen, indem er selbständig finanzielle Ressourcen eingeworben und seinen eigenen Wahlkampf geplant und durchgeführt hat.

Mit der zunehmenden Zahl an Bundesstaaten, die in den letzten Jahrzehnten Vorwahlen (**Primaries**) eingeführt haben, steht der jeweilige Präsidentschaftskandidat meist bereits lange vor Beginn der Parteitage fest. Damit sind Überraschungen auf dem Parteitag ebenso ausgeschlossen wie unzählige Wahlgänge, bis sich ein Kandidat durchgesetzt hat. Die Demokraten haben etwa im Jahre 1924 103 Wahlgänge und 17 Tage benötigt, bis mit John Davis ein Präsidentschaftskandidat nominiert war. Im Jahre 1952 benötigte Adlai Stevenson drei Wahlgänge, bis er die Nominierung errungen hatte. Seit 1956 jedoch hat es bei den Demokraten stets nur einen einzigen Wahlgang gegeben. Auf Republikanischer Seite benötigte im Jahre 1948 Thomas E. Dewey, der dann später gegen Harry S. Truman die Wahl verlieren sollte, drei Wahlgänge, bis ihm die Nominierung sicher war. Im Jahre 1976 gelang es Gerald Ford auf dem Parteitag in Kansas City nur knapp mit 1187 zu 1070 Stimmen, die Herausforderung um die Nominierung von Ronald Reagan abzuwehren.

Neben der Einführung der Vorwahlen wandelte sich die Bedeutung dieser Parteitage zusehends mit dem Aufstieg des Fernsehens, sie wurden zu professionell gestalteten Medienereignissen. Doch die Übertragungszeiten der Fernsehsender sind seit einigen Jahren rückläufig. Hatten die großen Sender im Jahre 1952 noch etwa 300

Stunden übertragen, so fiel die Zeit der Sendestunden bis zum Jahr 2000 auf lediglich 18 Stunden.¹ In diesem Jahr sollen etwa die Werte von 2000 erreicht werden. Der Politik- und Parlamentskanal C-SPAN ist der einzige Sender, der die Parteitage von Anfang bis Ende überträgt.

Eine zunehmend größere Rolle bei der Berichterstattung über die **Conventions** spielt das Internet. Erstmals sind in diesem Sommer mit etwa 30 sogenannten „Internet-Bloggern“ Verfasser von politisch orientierten Online-Tagebüchern zugelassen, die möglichst unzensiert über den Parteitag berichten sollen. Seit dem Jahr 2000 können zudem interessierte Internetnutzer als sogenannte **E-Delegates** an Diskussionsforen im Rahmen der Parteitage teilnehmen. **Dot.com-Delegates** konnten sich virtuell einer einzelstaatlichen Parteitagsdelegation anschließen und aus dieser Perspektive heraus die Vorgänge auf dem Parteitag begleiten.² Auch die jeweiligen Internetseiten der die Parteitage organisierenden Bundesgeschäftsstellen der Parteien unter <www.dems2004.org> und <www.gopconvention.com> sind im Vergleich zum Jahr 2000 deutlich ausgebaut worden.

Die Delegierten der *Conventions*

Die Delegierten eines Parteitags stammen aus allen Bundesstaaten der Vereinigten Staaten. Wie sie ausgewählt werden, hängt vom jeweiligen Bundesstaat ab. Tendenziell greifen die Demokraten auf ein System zurück, bei dem die Delegiertenmandate proportional nach dem Anteil der einzelnen Kandidaten in den Vorwahlen vergeben werden. Nur Kandidaten, die weniger als 15 Prozent der Stimmen erhalten, sind von diesem Verfahren ausgeschlossen. Die Republikaner dagegen bevorzugen in vielen Bundesstaaten ein System nach dem **Winner Takes All**-Prinzip, d.h. der Gewinner einer Vorwahl erhält in der Regel alle Mandate, die der Bundesstaat zu vergeben hat. Die Delegierten sind also nicht nur Angehörige einer bestimmten Partei, sondern Anhänger eines spezifischen Kandidaten. Die Zahl der Delegierten pro Bundesstaat wiederum hängt von der Bevölkerungsstärke der einzelnen Bundesstaaten ab. Rhode Island etwa verfügt auf dem Parteitag der Demokraten über lediglich 38 Delegierte, ein großer Staaten wie Kalifornien entsendet 502 Delegierte. Bei den Republikanern sind die Zahlen entsprechend kleiner, da sie insgesamt lediglich halb so viele Delegierte wie die Demokraten auf ihrem Parteitag versammeln.

Etwa 80 Prozent der Delegierten des Demokratischen Parteitags bestimmen sich von den Vorwahlen her. Dabei fühlen sich die Delegierten stets einem, nämlich „ihrem“ Kandidaten verpflichtet. Als die unterlegenen Kandidaten jedoch im Verlauf der Vorwahlen ihren Ausstieg aus dem Wahlprozeß erklärten, gaben sie „ihre“ Delegierten frei. Im Sinne eines einheitlichen und geschlossenen Erscheinungsbildes auf dem Parteitag wird etwa die Nominierung Kerrys zum Präsidentschaftskandidaten nahezu ohne Gegenstimmen vorgenommen.

Eine besondere Rolle kommt bei den Parteitag der Demokraten den sogenannten **Super Delegates** zu. Diese sind in der Regel Kongreßmitglieder der eigenen Partei, Gouverneure oder durch die Bundesgeschäftsstelle der Parteien bestellt. Mit diesen Delegierten wollte die Bundesgeschäftsstelle der Partei einen kleinen, aber womöglich entscheidenden Einfluß auf die Auswahl des Spitzenkandidaten bewahren, da die **Super Delegates** sich im Vorfeld eben nicht für einen spezifischen Kandidaten aussprechen. Die Bedeutung dieser **Super Delegates** ist jedoch begrenzt, da mittlerweile die Nominierung des Kandidaten nach den Ergebnissen der Vorwahlen in der Regel unumstößlich ist.

Ein Problem der Außenperzeption der Parteitage ist mit dem Phänomen des **Frontloading** verbunden.³ Um die Bedeutung des eigenen Staates im Vorwahlprozeß zu erhalten (oder zu erlangen), werden von den einzelnen Bundesstaaten immer mehr Vorwahlen zeitlich vorgezogen. So fand etwa der **Caucus** in Iowa und die Vorwahl in New Hampshire im laufenden Wahlzyklus bereits im Januar statt. Noch 1992 lagen die Termine im Februar. Die Bundesstaaten ziehen ihre Vorwahlen in die ersten Monate, um nicht an der Reihe zu sein, wenn der Nominierungsprozeß längst entschieden ist. Das Resultat im Wahljahr 2004 war, daß bereits Anfang März John Kerry als Präsidentschaftskandidat feststand, bis zum Parteitag aber noch vier Monate Zeit waren – eine lange Zeit, in der

¹ Siehe James A. Barnes: A Test for Each Nominee. Why Conventions Still Make a Difference, in: National Journal Convention Preview, 3. Juli 2004.

² Siehe Peter Filzmaier/Fritz Plasser: Wahlkampf um das Weiße Haus. Presidential Elections in den USA, Opladen 2001, S. 232.

³ Siehe Filzmaier/Plasser: Wahlkampf ums Weiße Haus, a.a.O., S. 25f.

es Kerry nicht leicht fiel, den Spannungsbogen aufrecht zu erhalten.

Im Vorfeld des Parteitages wird in der Regel dafür gesorgt, daß etwaige inhaltliche Streitigkeiten beigelegt sind. Der Kandidat steht im Mittelpunkt, nicht seine Partei. Öffentliche Konflikte vor Millionen Fernsehzuschauern sind selten. Wenn sie doch einmal vorkommen, so etwa mit einem kontroversen Auftritt von Patrick Buchanan auf dem Republikanischen Parteitag von 1992, lösen sie ein großes Medienecho aus und können die Wahlchancen des Nominierten unter Umständen verringern. Auch Senator Ted Kennedy kämpfte auf dem Parteitag der Demokraten im Jahre 1980 in New York gegen das Wirtschaftsprogramm von Präsident Jimmy Carter. Carter konnte sich schließlich in der Nominierungsfrage gegen Kennedy durchsetzen, war aber gezwungen, Kennedys Einwände bei der finalen Verabschiedung des Wahlprogramms zu berücksichtigen. In die Geschichte eingegangen ist etwa auch der Parteitag der Demokraten im Jahre 1968 in Chicago, als Chaos im Plenum des Sitzungssaals und im Fernsehen live übertragene Straßenschlachten der Polizei mit etwa 10.000 Demonstranten auf den Straßen um das Konferenzzentrum herum das Bild des Parteitags bestimmten.

2. Das Wahlprogramm der Demokratischen Partei

Das Demokratische Wahlprogramm wurde unter dem Titel „Strong at Home, Respected in the World – The Democratic Platform for America“ (<www.democrats.org/platform>) von einer 16-köpfigen Arbeitskommission unter Leitung der Kongreßabgeordneten Rosa DeLauro aus Connecticut ausgearbeitet. Dazu führten die Kommissionsmitglieder im Mai und Juni an vier Tagen Anhörungen im gesamten Land durch, bei denen Parteiaktivisten, der Partei nahestehende Interessengruppen und gewählte Politiker ihre Positionen artikulieren konnten. Anfang Juli wurde der Vorschlag dieser Arbeitskommission dem gesamten Programmkomitee von 186 Mitgliedern vorgelegt, das ihn der Annahme durch den Parteitag empfahl.

Das aktuelle Wahlprogramm der Demokraten ist in seinem Schwerpunkt deutlich auf die Frage der Nationalen Sicherheit bezogen. Fast die Hälfte des 40-seitigen Dokuments handelt von den Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr als doppelt so viel als in den drei vorangegangenen Wahlprogrammen. Dies überrascht zunächst, betonten doch die Demokraten in früheren Wahlprogrammen traditionell innen- und gesellschaftspolitische Fragen. Doch in Zeiten des Kriegs gegen den Terrorismus und im Gefolge der Kriege in Afghanistan und im Irak tendieren die Demokraten dazu, auch in diesem Bereich ihre kontrastierenden Ansichten zur Politik der Bush-Administration herauszustellen. Kerrys Beratern war es im Vorfeld zudem gelungen, kritische Passagen zur Haltung der Partei im Irakkrieg streichen zu lassen.⁴

Die außenpolitischen Vorstellungen

Das Papier attackiert insbesondere die von der Bush-Administration im September 2002 vorgestellte **National Security Strategy** und die darin vorgesehenen Präventivschlagszenarien gegenüber Terroristen und den Staaten, die sie unterstützen. Zwar schließen die Demokraten militärische Präventivschläge nicht grundsätzlich aus, allerdings sollten sie ihrer Ansicht nach als letzter Ausweg betrachtet werden, nicht als Mittelpunkt der Außenpolitik.

Das Programm fordert darüber hinaus die Einrichtung eines **Director of National Intelligence** anstelle des CIA-Direktors, um den in den letzten Jahren festgestellten Versäumnissen der Geheimdienste etwa im Vorfeld des 11. Septembers und des Irakkriegs in Zukunft wirksamer begegnen zu können. Zwar findet das Programm deutliche und harsche Worte der Kritik an Präsident Bush für dessen Übertreibungen bei der Ursachensuche des Krieges im Irak, die Demokraten würden bei einem Wahlsieg aber nicht die amerikanischen Truppen zurück-

⁴ Siehe Chuck Rasch: Analysis: Dem Platform Short on Domestic Issues, Long on National Security, in: USA Today, 19. Juli 2004.

ziehen, um den Irak nicht als **Failed State** und neues Auffangbecken für Terroristen zurückzulassen. Insgesamt findet das Programm deutlich weniger kritische Worte in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration als einige der Mitwahlkämpfer Kerrys, so etwa der Ex-Senator aus Georgia, Max Cleland, der in Vietnam drei Gliedmaßen verlor und im Jahre 2002 seinen Senatssitz verlor, nachdem er von seinen republikanischen Gegnern als Risiko für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten angegriffen worden war. Cleland, der als einer der wichtigeren Redner für den Parteitag vorgesehen ist, wurde wie alle Redner auf dem Demokratischen Parteitag vom Wahlkampfteam Kerrys im Vorfeld gebeten, sich mit rhetorischen Angriffen auf Präsident Bush zurückzuhalten.⁵

Fragestellungen der Innen- und Wirtschaftspolitik

Auch in innen- und wirtschaftspolitischen Fragen reflektiert das Wahlprogramm vornehmlich die politischen Positionen Kerrys. So plädiert das Papier für eine Anhebung des Mindestverdiensts und eine stärkere Steuerbelastung der Spitzenverdiener bei gleichzeitiger Senkung der Steuerrate für Angehörige der Mittelklasse. Im Text finden sich auch die von Kerry bei den Vorwahlen vorgebrachten Vorschläge von steuerlichen Vergünstigungen für Unternehmen, die ihren Mitarbeitern eine Gesundheitsfürsorge anbieten sowie die Ausweitung des Gesundheitsprogramms **Medicaid**, so daß alle Kinder von diesem Programm erfaßt werden. Das Programm befürwortet die volle Einbindung schwuler und lesbischer Menschen auf allen Ebenen. Die Frage der Homosexuellen soll jedoch auf der Ebene der einzelnen Bundesstaaten behandelt werden. Darüber hinaus fordert das Programm einen verstärkten und aktiven Umweltschutz und die Wahrung der Entscheidungsfreiheit bei Abtreibungen.

3. Das Wahlprogramm der Republikaner

Auf Republikanischer Seite ist noch keine endgültige Version des Wahlprogramms veröffentlicht worden. Auch der Vorsitzende der Beratungskommission ist noch nicht ernannt worden. Das dürfte nicht zufällig sein, zeichnen sich im Hintergrund doch interne Meinungsverschiedenheiten über Sprecher, Inhalte und Verfahrensfragen ab.

So haben etwa Mitte Juli 2004 127 der 227 Republikanischen Mitglieder des US-Repräsentantenhauses, darunter mehrere Ausschußvorsitzende, einen Brief an Präsident Bush unterzeichnet, in dem sie kritisieren, daß auf dem Parteitag zu viele Abtreibungsbefürworter (**Pro Choice**) sprechen dürften und in dem sie Präsident Bush auffordern, mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Repräsentantenhauses, Henry Hyde, einen ausgemachten Gegner des Rechts auf Abtreibung an prominenter Stelle sprechen zu lassen.⁶

4. Die Rolle des Vizepräsidenten-Kandidaten

In den letzten Wahlkampfzyklen wurden die Parteitage des Öfteren dazu benutzt, den Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen. So verkündete Al Gore im Jahr 2000 unmittelbar vor Beginn des Parteitags in Los Angeles, daß seine Wahl für das Amt des Vizepräsidenten auf den Senator Joseph Lieberman gefallen sei. 1996 überraschte Bob Dole kurz vor dem Parteitag in San Diego mit sei-

⁵ Siehe Adam Nagourney: What Boston Can Do for Kerry, in: The New York Times, 18. Juli 2004.

⁶ Siehe Ralph Z. Hallow: Pro-Life Speakers Sought for Convention, in: The Washington Times, 18. Juli 2004.

ner Wahl von Jack Kemp als Vize. Ähnlich lief es im Jahre 1992 in New York, als Bill Clinton vor dem Parteitag Al Gore zu seinem Vize machte. In diesem Jahr wird die Auswahl der Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten die Parteitage weniger stark prägen. Mit Dick Cheney steht der Kandidat von Präsident von George W. Bush fest, sollte sich nicht doch noch eine Überraschung ereignen. Bushs Gegenkandidat, John Kerry hat bereits am 6. Juli bekanntgegeben, daß sein Herausforderer in den Vorwahlen, Senator John Edwards aus North Carolina, sein Kandidat für das Vizeamt sei. Seitdem haben beide bereits ausführlich Wahlkampf geführt. Edwards wird jedoch insoweit während des Parteitages im Mittelpunkt stehen, als er einer breiteren Bevölkerungsmehrheit in den Vereinigten Staaten noch bekannt werden muß.

5. Der Ablauf der *Conventions*

Interessanterweise wurden im Hinblick auf das Fernsehen für die wichtigeren Abendtermine des Parteitags der Demokraten keine Kongreßmitglieder als Redner vorgesehen, von den beiden Kandidaten einmal abgesehen, die bis heute dem US-Senat in Washington angehören. Am ersten Abend sprachen die früheren Präsidenten Jimmy Carter, Bill Clinton und dessen Vize Al Gore vorgesehen. Auch Hillary Clinton, die Senatorin aus New York, sprach an diesem Abend sprechen. Die Hauptrede (**Keynote Speech**) am ersten Abend hielt Barrack Obama halten, der für die Demokraten in Illinois für den Senat in Washington kandidiert. Dieser Sitz wird mit der kommenden Wahl frei, da der Republikanische Amtsinhaber Peter Fitzgerald nicht wieder antritt. Derzeit ist Obama Mitglied des Staatssenats von Illinois in Springfield und Juraprofessor an der University of Chicago. Er gilt als eines der hoffnungsvollsten Talente der Demokraten und wäre erst der dritte afroamerikanische Senator in Washington seit dem Bürgerkrieg. Am zweiten Tag steht die Hauptrede von Kerrys Ehefrau Teresa Heinz Kerry im Mittelpunkt, bevor dann am dritten Abend mit John Edwards Kerrys Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten sich vorstellt. Am vierten und letzten Abend folgt das Hauptereignis des Parteitags, die Rede des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry. Kerry wird von Max Cleland, dem ehemaligen Senator aus Georgia und wie Kerry Vietnam-Veteran, vorgestellt.

Auf Republikanischer Seite werden am Eröffnungsabend der Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, und sein Vorgänger Rudolph Giuliani sprechen. Ebenfalls für den ersten Abend eingeplant ist mit Senator John McCain aus Arizona der Herausforderer von George W. Bush in den Vorwahlen des Jahres 2000. Am zweiten Abend werden der im letzten Jahr gewählte Gouverneur von Kalifornien, Arnold Schwarzenegger, der Bildungsminister im Kabinett Bush, Rodney Page, sowie Bushs Ehefrau Laura sprechen. Einen Tag später wird Vizepräsident Dick Cheney zu den Delegierten sprechen. Er wird von seiner Ehefrau Lynne, einer Wissenschaftlerin am **American Enterprise Institute**, vorgestellt. Den Abend beschließt der Demokratische Senator aus Georgia, Zell Miller, der im Senat an der Seite der republikanischen Senatoren für viele der von Präsident Bush präferierten Gesetzesvorlagen stimmte. Höhepunkt des Republikanischen Parteitags wird am letzten Abend die Rede von Präsident Bush sein, der seinerseits vom Republikanischen Gouverneur von New York, George Pataki, eingeführt wird.

6. Chancen und Gefahren eines *Convention*

Die Rede des Spitzenkandidaten, gewöhnlich für den letzten Abend des Parteitags terminiert, ist eine einmalige Gelegenheit, mehrere Dutzend Millionen Zuschauer zu erreichen. Im Jahr 2000 sahen insgesamt etwa 25 Millionen Zuschauer die Rede Al Gores, 24 Millionen schalteten bei der Rede von George W. Bush ein. Eine ähnliche Gelegenheit bietet sich den Kandidaten erst wieder mit den Präsidentschaftsdebatten im Oktober, aber dann müssen sie sich die Bühne mit mindestens einem weiteren Kandidaten teilen.

Auch anderen Kandidaten zuvor ist es gelungen, durch eine herausragende Rede den nachfolgenden Wahlkampf zu beeinflussen. So kritisierte der Demokratische Präsidentschaftskandidat Harry S. Truman auf dem Parteitag von 1948 den „Do-Nothing Congress“, er konnte sich so einen wichtigen Vorsprung auf seinen Gegenkandidaten Thomas E. Dewey herausarbeiten. Auch Bill Clinton konnte 1992 von seinem Auftritt auf dem Parteitag in New York profitieren. War er durch mehrere Vorwürfe diverser verschwiegener Affären und dem Wehrdienstentzug während des Vietnamkriegs angeschlagen zum Parteitag gereist, so verließ er New York nach einem starken Auftritt mit einem Vorsprung von 24 Prozentpunkten in den nationalen Meinungsumfragen im Vergleich mit seinem Gegenkandidaten, Präsident George H. W. Bush.

Es gibt aber auch negative Gegenbeispiele: Walter Mondale etwa eliminierte auf dem Parteitag der Demokraten 1984 alle Wahlchancen, als er ankündigte, nach einem möglichen Wahlsieg die Steuern erhöhen zu wollen.⁷ Reagans Vizepräsident George H. W. Bush schien aus diesem Fehler gelernt zu haben, als er sich 1988 um die Präsidentschaft bemühte und auf dem Parteitag in New Orleans „Read My Lips – No New Taxes“ versprach. In seiner Amtszeit mußte er die Steuern doch erhöhen und verlor im Jahre 1992 – nicht zuletzt aufgrund dieses gebrochenen Versprechens – gegen Bill Clinton.

7. Der Kampf um die Unentschlossenen

Dennoch ist zu fragen, wie sehr eine solche Rede im Wahljahr 2004 noch Wähler gewinnen kann. Laut jüngsten Umfragen sagen etwa 43 bis 45 Prozent der Befragten, daß sie für Präsident Bush stimmen wollen. Eine etwa gleich große Zahl an Befragten gibt an, für seinen Demokratischen Herausforderer Kerry stimmen zu wollen. So bleiben letztlich nur etwa zehn bis 15 Prozent an Wählern, die noch unentschlossen sind und von beiden Seiten um so mehr umworben werden. Andere Umfragen zeigen, daß die Zahl der Unentschlossenen sogar auf nur sechs Prozent aller Wähler gesunken sein könnte.⁸ Diese (noch) unentschlossenen Wähler zu für sich zu gewinnen ist angesichts des knappen Duells von Bush und Kerry von zentralem Interesse. Eine Umfrage, die vom 8. bis zum 11. Juli 2004 und damit nach der Berufung John Edwards' zu Kerrys Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten durchgeführt wurde, sieht sowohl Bush/Cheney als auch Kerry/Edwards bei 46 Prozent der Wählerstimmen. Seit Kerry sich im März die zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat notwendigen Stimmen in den Vorwahlen sicherte, führte er in allen erhobenen Umfragen mit nicht mehr als vier Prozentpunkten Unterschied gegenüber Bush. Bush selbst führte in dieser Zeit mit nicht mehr als fünf Prozentpunkten Unterschied.⁹ Die Positionen der großen Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung unterliegen also kaum noch Schwankungen.

8. Finanzielle Ressourcen

Obwohl Kerry bis zum Beginn des Parteitags 80 Millionen US-Dollar für Wahlwerbespots ausgegeben haben dürfte, gaben in einer kürzlich durchgeführten Umfrage 30 Prozent der Befragten an, keine Meinung zu Kerry zu haben.¹⁰ Um so wichtiger dürfte es für ihn sein, auf dem Parteitag für sich und sein Wahlprogramm zu werben. 220 Millionen US-Dollar lassen sich die beiden Parteien die diesjährigen Parteitage kosten, wie das **Cam-**

⁷ Siehe Jules Witcover: A Chance to Bounce, or Tumble, in: The Baltimore Sun, 19. Juli 2004.

⁸ Siehe Alan Murray: Election Becomes Effort for Turnout Of Closed Minds, in: The Wall Street Journal, 20. Juli 2004.

⁹ Siehe David S. Broder: A Deal Not Yet Sealed, in: The Washington Post, 18. Juli 2004.

¹⁰ Siehe Nagourney: What Boston Can Do for Kerry, a.a.O.

paign Finance Institute errechnet hat.¹¹ Jeweils etwa 14,9 Millionen US-Dollar erhalten die Verantwortlichen der Parteitage dabei aus der öffentlichen Hand.

Am Rande der Parteitage werden auf vielerlei Veranstaltungen Spenden entgegengenommen.

Auf Republikanischer Seite etwa werden insbesondere die **Rangers** und die **Pioneers** in Erscheinung treten. **Pioneers** sind (bislang 314) Freunde der Partei, die sich vor Beginn des Wahlkampfes verpflichtet haben, mindestens 100.000 US-Dollar einzuwerben. Die (bislang 211) **Rangers** haben sich auf 200.000 US-Dollar verpflichtet. Daneben gibt es noch die **Regents**, Ehepaare, die sich verpflichtet haben, mindestens 50.000 US-Dollar jährlich an die Bundespartei der Republikaner zu spenden und das **Team 100**, dessen Mitglieder über vier Jahre jeweils 25.000 US-Dollar spenden.¹²

9. Ausblick: Bedeutungslose Veranstaltung oder Ideengeber für den Wahlkampf?

In der Regel erfahren die Spitzenkandidaten nach einem gelungenen Parteitag einen deutlichen Sprung in den Umfragewerten. Die Bundesgeschäftsstelle der Demokratischen Partei will mit einer Werbeoffensive unmittelbar nach dem Abschluß des Parteitages in Boston diesen Sprung verstärken. Wenn Kerry mit seinem Wahlkampfteam Anfang August für zwei Wochen mit Bus, Bahn und Schiff die sogenannten **Swing States** durchquert, wird die Bundesgeschäftsstelle, die derzeit etwa 63 Millionen US-Dollar zur Verfügung hat und in den nächsten Monaten weitere 100 Millionen einwerben will, gleichzeitig zahlreiche Wahlwerbespots in wichtigen Bundesstaaten schalten, so daß Kerry die finanziellen Ressourcen seines eigenen Teams bis zum Hauptwahlkampf im Herbst zurückhalten kann. Zudem haben sich Kerry und Bush gleichermaßen dazu entschlossen, für den Wahlkampf auch auf öffentliche Gelder zurückgreifen zu wollen. Aufgrund von rechtlichen Vorgaben stehen somit beiden Kandidaten etwa 75 Millionen US-Dollar zur Verfügung, die sie ab dem Zeitpunkt ihrer Nominierung einsetzen dürfen. Da der Parteitag der Republikaner erst Ende August bzw. Anfang September stattfinden wird, wird Kerry im August nicht zuletzt deshalb finanziell kürzer treten (und die Demokratische Partei einspringen lassen), um im Hauptwahlkampf ab Anfang September die Chancengleichheit mit dem Präsidenten zu wahren.

Parteitage in den Vereinigten Staaten mögen absurde Medienspektakel sein, aber sie sind nach wie vor in der Lage, die politische Agenda wie auch die Wahlkampfdynamik des beginnenden Wahlkampfes zu prägen. Erst nach der Wahl am 2. November 2004 wird man sagen können, welche Bedeutung den Parteitag in diesem Wahlzyklus zukam.

¹¹ Eine detaillierte Analyse findet sich unter
<http://www.cfinst.org/eguide/PartyConventions/financing/pdf/full_partyconventions.pdf>

¹² Siehe diese und weitere Zahlen bei Peter H. Stone: The Treatment Is a Little Less Royal, in: National Journal Convention Preview, 3. Juli 2004.